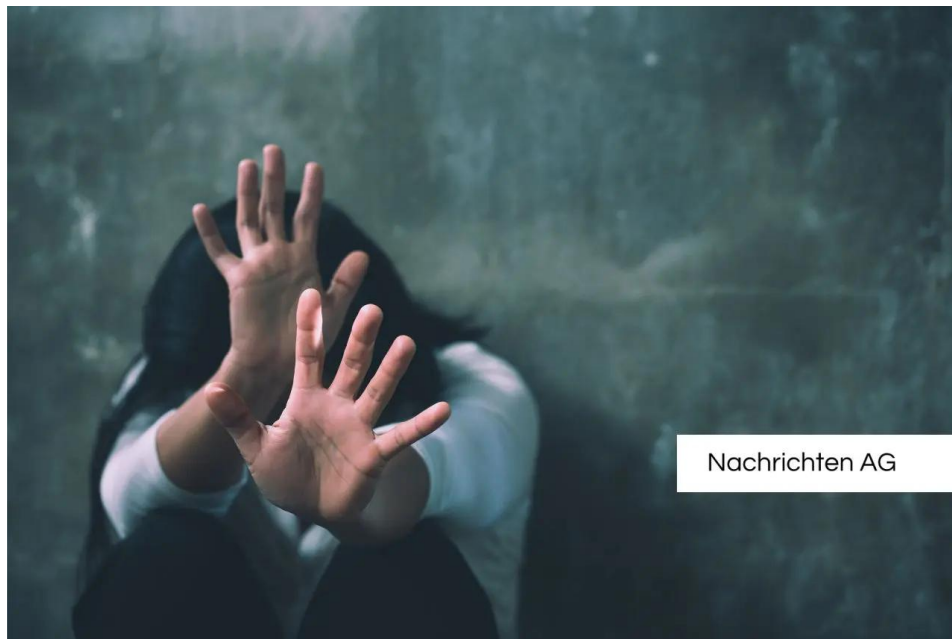


Rheinland-Pfalz: Vertrauliche Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt!

Rheinland-Pfalz erweitert Hilfe für von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen. Ministerin Binz stellt neues Projekt vor.



Rheinland-Pfalz hat sich zum Ziel gesetzt, die Unterstützung für Frauen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, umfassend auszubauen. Dies wurde in einer Ankündigung von Frauenministerin Katharina Binz (Grüne) vorgestellt, die am Donnerstag um 10.00 Uhr die Details des Projekts „Vertrauliche Hilfe nach Gewalt“ präsentieren wird. Das Hauptziel dieser Initiative ist es, die Hemmschwelle für die Inanspruchnahme medizinischer Hilfe nach sexualisierter Gewalt zu senken. Denn viele Opfer haben oft Angst, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, aus Sorge vor einer möglichen Anzeige, wie **Merkur** berichtet.

Zur Sicherheit von Betroffenen besteht in Rheinland-Pfalz aktuell

die Möglichkeit zur vertraulichen medizinischen Versorgung und Spurensicherung, jedoch sind diese Angebote bislang nur an einigen Standorten verfügbar. Um den Zugang zu medizinischer Versorgung zu verbessern, soll das bestehende Angebot erweitert werden, damit auch bei Fällen körperlicher Gewalt effektiv geholfen werden kann. Zudem wird ein standardisiertes Verfahren im Land angestrebt, um sicherzustellen, dass alle Einrichtungen die gleichen hohen Standards bei der Versorgung gewährleisten.

Versorgungsverbund für vergewaltigte Frauen

Ein weiterer wichtiger Schritt in Rheinland-Pfalz ist die Bildung eines Versorgungsverbunds durch die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt. Dieser Verbund integriert verschiedene Partner wie Krankenhäuser, gynäkologische Praxen, Frauennotrufe, Frauenberatungsstellen und rechtsmedizinische Institute in mehreren Bundesländern, darunter Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz. Der Versorgungsverbund wurde jüngst mit dem Förderpreis 2023 des Fonds der Arzneimittelformen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland für „Frauengesundheit“ ausgezeichnet, was die Bedeutung der Initiative unterstreicht, wie **mffki** hervorhebt.

In Rheinland-Pfalz sind die Standorte für die „Medizinische Versorgung nach Vergewaltigung“ in Mainz, Worms, Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Idar-Oberstein angesiedelt. Diese Einrichtungen arbeiten eng mit den Frauennotrufen zusammen, die essentielle Ressourcen wie Fortbildungen für Ärzte, Befundbögen und Materialien zur Spurensicherung bereitstellen. Bewusst wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Barrieren abzubauen, die es für betroffene Frauen schwierig machen, Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die gesundheitlichen Folgen einer Vergewaltigung können gravierend und langwierig sein, was den Druck auf die Gesundheitsversorgung erhöht.

Forderungen und Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung

Die Herausforderungen in der medizinischen Versorgung von Opfern sexualisierter Gewalt sind vielschichtig. Trotz eines bestehenden Rechtsanspruchs auf kostenfreie vertrauliche Spurensicherung gibt es bedeutende Lücken in der flächendeckenden Umsetzung, was **frauen-gegen-gewalt** betont. Oft werden Opfern medizinische Notfälle nicht angemessen behandelt, während weite Wege zu geeigneten Kliniken und fehlende zeitliche sowie personelle Ressourcen in vielen Einrichtungen zu unzureichender Versorgung führen.

In einer Anrede an die politischen Entscheidungsträger wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die medizinische, psychosoziale und rechtsmedizinische Versorgung von Frauen und Mädchen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, zu verbessern. Die Kampagne #HilfenachVergewaltigung fordert daher nicht nur eine umfassende medizinische Versorgung, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der Versorgungsmentalität. Die Forderungen umfassen die Einführung einheitlicher Qualitätsstandards, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Angeboten und die Berücksichtigung der Bedürfnisse von besonders verletzlichen Personengruppen wie Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Rheinland-Pfalz mit verschiedenen Initiativen und Projekten versucht, die Medizinsituation für betroffene Frauen deutlich zu verbessern. Ein umfassendes, kombiniertes Vorgehen ist erforderlich, um die bestehenden Barrieren abzubauen und eine adäquate, inklusive Versorgung sicherzustellen.

Details	
	• mffki.rlp.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net